

## Ein Resümee

### 1. Allgemeines

Nur ein Jahr später bot sich ein völlig anderes Bild. Das Jahr 1989 wurde auch für die Landesschule in Meinerzhagen zu einem Jahr der Wende!

Das sich wie ein roter Faden durch die 20-jährige Landesschulgeschichte ziehende Problem der sinkenden Schülerzahlen, welches mit einem Ansteigen der Zahl problembehäfteter Schüler verbunden war, die der Hilfe bedurften, also gerade nicht Hilfe im Sinne von Präfektendiensten leisten konnten, trat in ein ständig kritischer werdendes Stadium.

In diese Phase hinein kam im Sommer 1989 der Amtswechsel im für die Schule verantwortlichen Dezernat des Landeskirchenamtes in Bielefeld. Der neue Dezernent nahm unter anderem diese Problematik zum Anlaß, das Kollegium der Landesschule zu Reformen aufzurufen, deren Ziel die Stabilisierung der Schülerzahl sein sollte. Vor allem gälte es, der überstarken Schülerfluktuation Einhalt zu gebieten, da sie in entscheidendem Masse verantwortlich dafür zu machen sei, daß ein kontinuierliches Arbeiten in Schule und Internat nicht gewährleistet werden könne. Vorgaben weiterer Art wurden nicht gemacht. Zeitliches Ziel war der Sommer 1992, bis zu dem über die weitere Existenz der Landesschule beraten und beschlossen werden sollte.

Damit wurden, für Außenstehende kaum bemerkbar, aber auch für die unmittelbar Beteiligten in Meinerzhagen schwer durchschaubar, Weichen gestellt, die direkt zum Ende der Landesschule führten. Ehe der Weg dahin dargestellt wird, soll in einer kurzen Analyse versucht werden, die Situation zu charakterisieren, die den Schulträger zu dieser Weichenstellung veranlaßte.

### 2. Eine Zwischenbilanz

Der Zwang, die Schülerzahl zu halten oder gar zu mehren, ist für alle Schulleiter der Landesschule eine Crux gewesen, die letzten Endes nicht zu tragen war. Das bildungspolitische Umfeld einerseits, die finanzielle Ausstattung der Landesschule andererseits hatten sich so stark zu deren Ungunsten verändert, daß von der Schule selbst der Prozeß der sinkenden Schülerzahlen nur um den Preis der Qualität der aufzunehmenden Schüler aufgehalten werden konnte. Verantwortlich dafür war vor allem die im Vergleich zur Zeit der Traditionsschulen, aber auch zur Gründungszeit der Landesschule ungleich schwieriger gewordene pädagogische Gesamtsituation gerade von Internatsschulen. Das viel bessere, flächendeckende Angebot durch öffentliche Schulen hätte stärkere Anreize für eine positive Motivation, Kinder auf die Landesschule zu schicken, erforderlich gemacht, als sie gegeben waren. Parallel dazu war eine steigende Nachfrage nach Internaten besonders aus dem wegen vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen sehr stark gewachsenen Kreis von Jugendlichen aus gestörten Verhältnissen (Probleme im Elternhaus, aber auch in der Schule) zu verzeichnen.

Ein fataler Circulus vitiosus hatte sich ergeben: Rückgang der Zahl gerade solcher Schüler, für die das Konzept der Landesschule gedacht war, zunehmende Aufnahme von Schülern, für die das Konzept der Landesschule eben nicht gedacht war, daraus resultierende Überforderung der Präfekten, die infolge einer zu großen Anzahl problematischer Schüler ihrer betreuerischen Aufgabe nicht mehr im erforderlichen Masse nachkommen konnten, was schließlich zu einer Situation führte, die keine angemessene Versorgung der dem Internat anvertrauten Schüler mehr garantierte und die sich infolgedessen als kontraproduktiv für die Schülerwerbung erwies. Die Diskrepanz zwischen den Forderungen des Schulstatuts und der Realität war entschieden zu groß geworden.

Hinzu kam eine Fülle weiterer Einzelprobleme, die vom Kollegium der Landesschule wohl wahrgenommen, in ihrer Vielzahl allein aber nicht mehr bewältigt werden konnten.

Dazu zählten neben anderen:

- die Bauart des Hauses (Beton, Backstein; teilweise spartanische Raumverhältnisse), die den nicht in strenger Selbstzucht aufgewachsenen Jugendlichen von heute überforderte, so daß sie der Absicht der Erbauer entgegenwirkte;
- der Zustand der Internate, der schlicht als katastrophal zu bezeichnen war, weil seit Gründung der Schule keine wirklichen Renovierungen, geschweige denn Neuanschaffungen erfolgt waren;

- die kaum in Angriff genommene Problematik der durch das Präfektensystem bedingten Großzimmereinheiten (Wohn-Arbeitsräume für sechs bis acht Schüler, aus verschiedenen Altersgruppen gemischt), die in immer schärfer werdendem Gegensatz zu den am Konsumdenken unserer Zeit orientierten Forderungen von Eltern und Schülern nach Zweier- oder Einzelzimmern standen;
- aber auch die mit der üblichen Phasenverzögerung von drei Jahren von den öffentlichen Schulen zur Landesschule gelangte Problematik der "Null-Bock-Haltung" vieler Schüler: abnehmende Einsatzbereitschaft für andere, starke Fixierung auf das Konsumangebot der Umwelt, bestenfalls Ausrichtung auf das eigene Fortkommen, also auf guten Leistungsschnitt bei den Schulnoten, - eine für das Präfektensystem "tödliche" Einstellung.

Daneben standen die seit der Gründung bestehenden curricularen Probleme der Schule:

- im LK-Bereich bestand das Angebot der Landesschule nach wie vor lediglich aus den sogenannten "schweren" Fächern Deutsch, Mathematik, Griechisch und Physik. War das ursprünglich durchaus als gewollt im Sinne der Vermittlung von anspruchsvoller Grundbildung zu verstehen, so wurde es im Laufe der Zeit immer mehr eine ausgesprochen "aufnahmefeindliche" Prämisse;
- im gleichen Sinne erwies sich das im Zusammenhang mit der Altsprachlichkeit der Landesschule zu sehende Fehlen von Französisch als aufnahmefeindlich; die seit 1986 eingeführte Möglichkeit, in der Oberstufe Französisch als "Zusatzkurs" zu wählen, änderte daran nicht viel;
- die Tatsache, daß alternativ Griechisch oder Mathematik als LK gewählt werden mußte, führte zu den sogenannten "Zwangsmathematikern", allen denen also, die nicht Griechisch gewählt hatten und die es im LK Mathematik infolgedessen zu einem empfindlichen Niveauverlust kommen ließen, was ebenfalls ausgesprochen werbeunwirksam war;
- die Diskrepanz zwischen der angestrebten Sprachenfolge Latein/ Englisch in der Mittelstufe, die gerade von den bewußt die Landesschule wählenden Schülern gewollt wurde, und der durch das Rekrutierungsumfeld bedingten. Sprachenfolge Englisch/Latein führte zu permanenten Nachführungsproblemen im jeweils zweiten Fach, die mit der zur Verfügung stehenden Lehrerschaft nicht zu bewältigen war.

Damit sind eine Reihe von Problemen genannt, keineswegs alle, die zusammengenommen die Forderung nach Reformen geradezu heraufbeschworen, die aber ebenso eindeutig vom Kollegium der Landesschule allein nicht zu bewältigen waren. Der oben genannte Reformauftrag im Herbst 1989 wurde dennoch erteilt, allerdings wie gesagt ohne Vorgabe inhaltlicher Ziele.

Wie wenig schließlich bei diesen Reformbestrebungen in der Folgezeit herauskam und warum dies kaum anders sein konnte, muß einer gesonderten Untersuchung vorbehalten bleiben. Als entscheidend erwies sich jedoch in der Rückschau, - und für Meinerzhagen tatsächlich erst in der Rückschau zu erkennen, daß das Kollegium der Landesschule bei allen seinen Bemühungen um Veränderungen von zwei unausgesprochenen Prämissen ausging, nämlich von der absoluten Kostenneutralität (der Schulträger hatte den Mangel an Geld jahrelang als Begründung für die Unmöglichkeit von Ausbesserungen in verschiedenen Bereichen genannt) und von der absoluten Gültigkeit des Schulstatuts (das unbeschadet einzelner Änderungen nach wie vor das Fundament des Landesschulkonzepts darstellte, auf das die Lehrer vom Schulträger verpflichtet worden waren). Daß sich beide Voraussetzungen als falsch herausgestellt haben, wurde für Meinerzhagen erst im Laufe der Zeit deutlich.

Damit aber waren alle Reformbemühungen des Kollegiums vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt, was dann auch die sich immer mehr überstürzenden Ereignisse erwiesen, die schließlich zum Ende der Landesschule führten.

### 3. Die letzten Jahre

Erstmalig wurde dies auf den Dienstbesprechungen am 26.4.1990 (mit den Verantwortlichen des Landeskirchenamtes) und am 30.4.1990 deutlich, als es plötzlich um die Einführung von Erzieherstellen ging. Vom Kollegium waren entsprechende Überlegungen nicht angestellt worden, da sie einerseits der Idee von Hebdomariat und Präfektur vom Grundsatz her entgegenstanden, und da sie andererseits eindeutig kostenintensiv erschienen.

Unter dem Druck, daß tatsächlich eine angemessene Betreuung der mittlerweile zu vielen problembehafteten Schüler im Internat anders kaum mehr möglich war, aber auch der deutlich zum Ausdruck gebrachten Feststellung, daß insbesondere das Prinzip der Begabtenförderung im LKA nicht mehr "konsensfähig" sei, kam es schließlich zum Beschluß, die Hebdomadare durch Erzieher zu entlasten.

Wie es dazu kam, daß nach den Sommerferien 1990 nicht nur Erzieher hinzugenommen wurden, sondern ihnen die alleinige Verantwortung für das Internat übertragen wurde, ist ein auch heute noch nicht durchschaubarer Vorgang. Fest steht, daß das Kollegium mittlerweile gespalten war in diejenigen, die das alte System, wie reformiert auch immer, bewahren wollten, und in diejenigen, die keine andere Chance mehr sahen, als auf das Erziehersystem zuzusteuern, um wenigstens die Betreuung der vorhandenen Internatsschüler zu gewährleisten.

Der Schulträger hatte in dieser Situation, was im nachhinein eindeutig festzustellen ist, die Entwicklung in die eigene Hand genommen. Zwei Erzieher waren bereits im Frühsommer 1990 vom Schulträger ausgewählt worden, ein weiterer kam im Sommer hinzu, so daß mit den vorhandenen beiden Kräften eine erste Erziehemannschaft von fünf Personen nach den Sommerferien zur Verfügung stand. Sie war aber in keiner Weise darauf vorbereitet, in ein ihr derart unbekanntes System, wie es das gerade ohne Erzieher auskommende Hebdomadars- und Präfektensystem darstellte, einzusteigen und es behutsam in das neue System hinüberzuführen.

Erschwerend kam hinzu, daß die Erzieher, von wem auch immer provoziert, starke Vorbehalte gegenüber den Lehrern im Internat an den Tag legten, so daß der unbedingt erforderlichen Zusammenarbeit beider Gruppen große Hindernisse in den Weg gelegt waren. Der somit vorprogrammierte arg unorganisierte und viel zu überstürzt erfolgende Übergang vom alten zum neuen System bewirkte infolgedessen starke Unruhe im Internatsbereich und das Gegenteil von dem, was die angeforderten Reformen bringen sollten: einen rapiden Rückgang der Schülerzahl von ca. 115 im Herbst 1990 auf ca. 75 im Sommer 1991.

Parallel zu der hier skizzierten Internatsentwicklung verlief die Entwicklung im schulischen Bereich, weg von der ursprünglichen Konzeption der Landesschule. Zusammen mit dem Reformauftrag von 1989 wurde über eine Kooperation der beiden Meinerzhagener Gymnasien, jedoch nur im LK-Bereich, verhandelt. Ansatz waren das als zu gering angesehene LK-Angebot von vier Fächern an der Landesschule und die zu geringe Kursbelegung, die sich dabei ergab, aber auch die damals relativ geringen Schülerzahlen in der Oberstufe des Ev. Gymnasiums Meinerzhagen, die ein Zusammengehen der beiden Oberstufen nahelegten. Dabei sollte zunächst jeder Landesschüler mindestens einen Leistungskurs an der Landesschule belegen müssen, um der inneren Entfremdung vom Ganzen des Hauses (denn dort waren die zu betreuenden Mittelstufenschüler zu Hause) zu begegnen.

Dieses Prinzip, das zudem hinsichtlich der Freiheit der LK-Wahl eine Ungleichbehandlung der Schüler beider Gymnasien mit sich brachte, konnte schon vom Ansatz her kaum durchgehalten werden, weil die individuellen Schülerwünsche dem immer wieder entgegenstanden. Noch schwieriger war die Öffnung hin zu beliebigen Leistungsfächern mit dem Konzept der Landesschule zu vereinbaren, da sie eine klare Absage an die immer noch gepflegte und bewahrte Altsprachlichkeit der Landesschule darstellte. Das Fach Griechisch war auf einmal aufs Äußerste gefährdet, und es war abzusehen, daß es ohne massive Unterstützung durch den Schulträger auf die Dauer nicht mehr würde gehalten werden können.

Im Februar 1990 wurde mit der geschilderten Kooperation begonnen. Ein Jahr später war die genannte Einschränkung bereits weitgehend gefallen, und noch ein Jahr später erwies sich dieser Kooperationseinstieg als der perfekte Übergang zur Integration der Landesschule in das Ev. Gymnasium Meinerzhagen.

In dieser ganzen Entwicklung hatte sich bereits gezeigt, daß das Geld ersichtlich nicht die Rolle spielte, wie es das Kollegium der Landesschule lange Zeit angenommen hatte. Für das Internat wurden zusätzliche Erzieherstellen finanziert (statt eines Hebdomadars und zweier Erzieherinnen wie bisher waren es im Jahr 1992 sieben Erzieher), während für Wünsche im Rahmen des eigentlichen Landesschulkonzepts keine Gelder mehr gewährt wurden.

Der Schulträger hatte die Entwicklung der Landesschule bereits stärker in die Hand genommen, als es im Herbst 1990 in Meinerzhagen, wohl auch bei den Altschülerverbänden und Freunden der Landesschule, bewußt war. Der Gedanke, das Hebdomadariat in irgendeiner abgeschwächten Form zu erhalten, war zwar in vielen Gesprächen zentrales Thema, wirklich im Blick war aber wohl nur die Präfektur, die auch in das Erziehersystem hinübergerettet werden sollte, und die ein immer wiederkehrendes Thema der meisten Grundlagenbesprechungen dieser Zeit war.

Die wichtigste davon fand schließlich am 8./9. Februar 1991 im Haus Nordhelle in Meinerzhagen-Valbert statt, zu der der Altpräsident D. Thirme alle an der Landesschule interessierten Gruppierungen eingeladen hatte. Vordergründig gesehen wurde hier die Gespaltenheit des Kollegiums in aller Öffentlichkeit deutlich und vielfach als Ursache für das sich immer mehr abzeichnende Scheitern der Bemühungen um das Landesschulkonzept mißverstanden. Auf der anderen Seite wurde auf dieser Tagung ebenfalls in aller Öffentlichkeit zum ersten Male

klar ausgesprochen, daß der Schulträger nicht mehr hinter dem Konzept der Landesschule stand. Die Diskussion darüber, daß das Kollegium zu keinem klaren Ja zu diesem Konzept mehr fand, kann daran nichts ändern.

Damit war letzten Endes bereits zu diesem Zeitpunkt allen Bemühungen des einen Teils des Kollegiums, aber auch der Altschülerverbände, noch etwas für den Erhalt der Landesschule (ihrem ursprünglichen Konzept entsprechend) zu tun, der Boden entzogen, auch wenn das zu diesem Zeitpunkt kaum einer der Betroffenen wirklich wahrhaben wollte.

In der Folgezeit brachten ständige Internatsreformen, die die Eigenständigkeit des Internats neben der Schule betonen, gleichzeitig aber die Lehrer in lockerer Weise (Silentiumbetreuung, Tutoriat, AG-Angebote) an das Internat binden wollten, manche Unruhe und Unsicherheit in das tägliche Leben. Einer der am schwierigsten zu bewältigenden Punkte bestand in der Frage, wie die Präfektur aufrecht erhalten werden könne, obgleich die Großzimmereinheiten immer mehr zugunsten kleiner Gruppierungen aufgelöst wurden.

Weitere Unsicherheiten brachte im Sommer 1991 das Ausscheiden von Rektor Dr. U.-M. Kremer aus seinem Amt. Kremer wurde zunächst für ein halbes Jahr zur weiteren Arbeit an seiner Habilitation beurlaubt, seine Amtsgeschäfte an StD H. Schneider als kommissarischem Leiter der Landesschule übertragen. Als sich dann aber abzeichnete, daß Kremer nicht wieder zurückkehren würde, schien die Frage einer Neubesetzung der Rektorenstelle zur Gretchenfrage zu werden. Doch wurde immer deutlicher, daß ihre Beantwortung in Verbindung mit der für den Sommer 1992 avisierten Entscheidung über die Zukunft der Landesschule gesehen werden mußte, diese Entscheidung aber bereits auf der im November 1991 stattfindenden Synode der Landeskirche in Bielefeld erfolgen würde.

Das Ergebnis dieser dann tatsächlich erfolgten synodalen Entscheidung wurde schließlich am 12.12.1991 in der Kapelle der Landesschule der dort versammelten gesamten Schüler- und Mitarbeiterschaft vom schulfachlichen Dezernenten des Landeskirchenamtes verkündet: das Schulstatut der Landesschule sei aufgehoben, die Evangelische Landesschule zur Pforte werde in das örtliche, ebenfalls in landeskirchlicher Trägerschaft stehende Evangelische Gymnasium Meinerzhagen integriert und werde damit als eigenständige Schule aufhören zu existieren, das Internat dagegen unabhängig von der Schule, aber dieser angegliedert, weiterbestehen, und zwar als Erzieherinternat. Zusätzlich wurde Mitarbeitern und Schülern eine Arbeitsplatzgarantie gegeben, was für die Schüler bedeutete, daß sie "Landesschüler" blieben, es in diesem Sinne im Rahmen des Evangelischen Gymnasiums Meinerzhagen "Landesschule" noch solange gebe, bis der letzte der zum betreffenden Stichtag anwesenden Schüler diese Schule verlassen haben werde, also bis spätestens 1998.

In der vom Schulträger spätestens seit 1989 verfolgten Politik war das die letzte Konsequenz, die das "Experiment Landesschule" für beendet erklärte. Für Meinerzhagen, Mitarbeiter wie Lehrer und Schüler, war die Entgültigkeit dieser Entscheidung erschreckend, da immer noch die Hoffnung bestanden hatte, die Entwicklung der letzten Jahre könne als Zwischenlösung betrachtet und bei sich positiv entwickelnden Schülerzahlen wieder auf das ursprüngliche Konzept zurückgeführt werden.

Hier zeigte sich jedoch am schärfsten der Irrtum, dem mit Sicherheit das Kollegium der Landesschule, aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Altschülerverbände erlegen waren, der Irrtum, daß es dem Schulträger um eine Sanierung auf der Basis des Landesschulkonzepts ginge, nicht aber - wie nun zu sehen und ersichtlich seit langem geplant - um die Ablösung dieses Konzepts.

#### 4. Resümee

Warum oder woran also scheiterte die Landesschule? Das Problem der Landesschule war ihre Internatsstruktur, das von den Traditionsschulen übernommene und von Lehrern, die dieser Tradition nicht einmal angehörten, in eine moderne Umwelt übertragene erzieherfreie System, welches sich im Zusammenspiel von Hebdomadariat und Präfektur manifestierte. Voraussetzung für eine erzieherfreie Schule aber, und das wurde bereits bei den Vorgängerschulen als zwingend notwendig erachtet, mußte eine klare Auslese der aufzunehmenden Schüler sein, eine Auslese, die ihrerseits eine ausreichende Ausstattung der Schule mit Freistellen zur Voraussetzung hatte. War der freie Schulbesuch bereits seit Gründung der Fürstenschulen im 16. Jahrhundert wesensbestimmender Bestandteil der Schulordnung gewesen, so hatte letztlich der Leitende Regierungsdirektor F. Bruns am 19.5.1962 in einem Vortrag über die Übernahme der Fürstenschultradition in die Bundesrepublik ausgeführt: "Das Freistellenwerk ist die entscheidende Einrichtung, durch die allein es möglich wird, die für die Schule geeigneten Schüler zu gewinnen: geistig befähigte und charakterlich untadelige Jungen, die nur um der besonderen Art und Zielsetzung dieser Internatsschule willen - und nicht aus irgendwelchen anderen Gründen - nach Meinerzhagen kommen."

Und genau in diesem Punkt hatten sich die Voraussetzungen an der Landesschule entscheidend verschlechtert. Als Folge der seit Gründung der Schule mehr als verdreifachten Internatsgebühren konnten zum Schluß nur noch 20-25 % vom Haushaltsvolumen des Internats durch Mittel der Melancthon-Stiftung, dem Freistellenwerk der Landesschule, gedeckt werden, im Unterschied zu ca. 90 % bei den Vorgängerschulen. "Warum man die Leistungen der Evangelischen Landesschule an ihren Vorgängerinnen mißt, aber den wichtigen Unterschied in der Ausstattung nicht berücksichtigt," ist schwer zu verstehen. "Das Dilemma konnten kein Rektor und kein Kollegium lösen", so Kremer in seinem Brief "Ein Wort des Abschieds an die Kollegen" vom 20.8.1991. Parallel zu dieser Entwicklung hatten sich die laufenden Kosten für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs für den Schulträger in einer zu Gründungszeiten nicht vorhersehbaren Weise verteuert. Dazu gehörten u.a. die Umstellung der Berechnung der der Schule zustehenden Anzahl an Lehrerstellen (von der Klassenzahl auf die Schülerzahl als Meßwert), ein Lehrermehrbedarf durch die Oberstufenreform der siebziger Jahre, die Senkung der Lehrerpflichtstundenzahl usw.

Verringerung der Ausstattung an Freistellen und Erhöhung der Kosten für den Schulträger - damit sieht die Begründung für die Entscheidung gegen das Fortbestehen der Landesschule nach einer rein finanziellen Angelegenheit aus.

Genau dieses ist es aber nicht!

Die Entscheidung, die Landesschule auslaufen zu lassen, war zweifelsfrei eine Willensentscheidung des Schulträgers gewesen, eine politische Entscheidung "zu der der Träger selbstverständlich befugt war, wie immer man die Rückgabe der zuvor übernommenen Verantwortung für eine solche Schule auch beurteilen mag.

Daß finanzielle Gründe nicht allein den Ausschlag gegeben haben, mag die schon genannte Einrichtung von sieben Erzieherstellen (gegenüber einem Hebdomadar und zwei Erzieherinnen) belegen, aber auch die Tatsache, daß nachweislich seit Gründung des Internats so gut wie keine Renovierungen größeren Stils, geschweige denn Neuanschaffungen erfolgten "während weniger als ein Jahr nach dem Auflösungsbeschuß das gesamte Mobiliar in zwei Internatshäusern durch neues ersetzt wurde.

Auch die Vermutung, das Hebdomadars- und Präfektensystem habe sich als nicht realisierbar oder unmodern erwiesen, ist ohne weiteres nicht haltbar; denn die durch unzureichende Freistellenausstattung bedingte Aufnahme zu vieler ungeeigneter Schüler zog eine Überforderung der Präfekten und Hebdomadare nach sich, die es verhinderte, daß das System seine Wirksamkeit in einer modernen, sich rasch verändernden Gesellschaft mit anderen Werten und Wertentwicklungen voll entfalten und sich unter seinen eigenen Bedingungen bewähren konnte. Vielmehr zeigen gerade die ersten Schülerjahrgänge trotz nicht zu übersehender Probleme, die auch damals auftraten, ein völlig anderes Bild.

Schließlich trifft auch der Gedanke, die Landesschule habe nach der Öffnung der Grenzen gegenüber den Vorgängerschulen ihre Daseinsberechtigung verloren, nicht zu. Zum einen liegen die entscheidenden Weichenstellungen für das Ende der Landesschule vor dem 9.11.1989, zum anderen wäre eine weit von den Traditionsschulen entfernt liegende weitere Schule gleichen Zuschnitts, die zudem die Erfahrungen von über zwanzig Jahren moderner Prägung des Fürstenschulgedankenguts hätte an die Ursprungsorte zurückvermitteln können, sicherlich eine Bereicherung gewesen. Die zeitliche Koinzidenz beider Ereignisse darf nicht als kausaler Zusammenhang mißverstanden werden.

Wahr ist, daß der Schulträger nicht mehr bereit war, das Konzept der Begabtenförderung zu unterstützen. Daß er sein Betätigungsfeld vielmehr in anderen Bereichen, etwa diakonischen sah. Er hätte die Landesschule vermutlich solange weitergeführt, wie diese sich durch genügend stabile Schülerzahlen weitgehend selbst getragen hätte. Der ständige Rückgang dieser Zahlen dagegen sah ihn schließlich zum Handeln gedrängt, aber eben nicht in Richtung auf Unterstützung des Konzepts.

Eine Schule vom Zuschnitt der Landesschule kann jedoch nur bestehen, wenn sie ganz bewußt gewollt und nicht nur finanziell, sondern vor allem ideell unterstützt und getragen wird. Hingegen fehlten völlig eine vom Schulträger nicht nur finanziell aktiv unterstützte Schülerwerbung "eine wissenschaftliche Begleitung des "Experiments Landesschule" und wissenschaftliches Arbeiten der Kollegen mit Veröffentlichungen wenigstens im Bereich der für das System charakteristischen Internatserfahrungen. Mehr oder weniger direkt wurden hier Forderungen an das Kollegium gestellt, die im Vollzug der täglichen Arbeit nicht zu erfüllen waren und die immer wieder zu Vorhaltungen führten, die auf Dauer schwer zu ertragen waren.

Die Anforderungen, die das Konzept an Schüler wie Lehrer stellte, waren außerordentlich hoch. Gerade darin bestand das von den meisten Ehemaligen der Landesschule voll bejahte Erfolgsgeheimnis dieses Systems.

Andererseits war der hohe Einsatz von Lehrerseite aus nur zu tragen, wenn nicht zu viele weitere Probleme auf deren Schultern lasteten. Die Uneinigkeit des Kollegiums als Anlaß für das Scheitern des Landesschulgedankens zu nehmen, ist von daher nicht angemessen.

Zum Schluß ein Detail, das für sich sprechen mag.

In einer Zeit, in der ein Zugang zu den alten Schulen kaum mehr möglich schien, wurde in Meinerzhagen der Fürstenschulgedanke aufgegriffen und in ein modernes Umfeld hinübergetragen, und das von Lehrern, die zum größten Teil nicht in dieser Tradition standen.

In welchem Maße dieser Transfer ersichtlich gelungen ist, belegt das nach dem Schließen der Landesschule einsetzende Suchen des Arbeitskreises ehemaliger Landesschüler (AkeL) nach seinem Zuhause, das er wenigstens zu Teilen nicht mehr in Meinerzhagen, wohl aber in Schulpforte zu finden meinte - in Schulpforte, das er als seine geistige Heimat verstand. Dies ist von keinem Lehrer der Landesschule initiiert worden, der AkeL hätte sich da mit Recht auch nicht hineinreden lassen. Wenn es aber möglich war, eine solche Gesinnung wachsen zu lassen, dann muß etwas an dem gewesen sein, was in Meinerzhagen weitergegeben worden ist, weitergegeben von einem Erbe, dessen Wurzeln weit entfernt im Boden der ehrwürdigen Traditionsschulen stecken.

In diesem Sinne ist die Evangelische Landesschule zur Pforte in Meinerzhagen zu einem Teil der Geschichte dieser Schulen geworden.